

# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Bringerlohn monatlich 1.00 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 3.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Litauen M. 5.60. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 291. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25 291. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Insertatspreise werden die 6spaltige Zeile mit 35 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinbarungen. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 119.

Dresden, Donnerstag den 25. Mai 1916

27. Jahrg.

## Französische Gräben bei Douaumont genommen. — Der Steinbruch bei Haubromont wiedererobert. — 850 Gefangene gemacht und 14 Maschinengewehre erbeutet.

(E. L. P.) Amlich. Großes Hauptquartier, den 25. Mai 1916.

### Westlicher Kriegsschauplatz:

Englische Torpedo- und Patrouillenboote wurden an der Nordküste von deutschen Flugzeugen angegriffen. Westlich der Maas schritten drei Angriffe des Feindes gegen das von ihm verlorene Dorf Cumières.

Westlich des Flusses stießen unsere Regimenter unter Führung ihrer vorgezogenen Erfolge weiter vor und eroberten feindliche Gräben südwestlich und südlich der Feste Douaumont.

Der Steinbruch südlich des Schloßes Haubromont ist wieder in unserer Hand.

### Batoeki über sein Programm.

† Berlin, 25. Mai. In der heutigen Sitzung des Hauptauschusses des Reichstages erklärte der Präsident des Kriegsernährungsamtes Batoeki, man dürfe nicht eine plötzliche Wendung und Wende aller Verhältnisse erwarten. Innerhalb fünf Tagen ein Programm über ein so großes Gebiet wie das der Volksernährung vorzulegen, wäre wohl niemand, und auch ihm nicht möglich. Von besonderer Wichtigkeit sei die Zusammenarbeit des neuen Amtes mit den Behörden der Bundesstaaten, der Heeresverwaltung und der Zivilverwaltung. Große Schwierigkeiten biete das Verhältnis zu den einzelnen Bundesstaaten. Aus Württemberg habe er bereits drohende Geschehnisse erhalten, die sich dagegen bemerkten, daß Württemberg durch Preußen aufgelesen werde. Ohne willige Mitarbeit der bundesstaatlichen Behörden, Organisationen und der ganzen Bevölkerung könne seine Tätigkeit nicht auf Erfolg rechnen. Eine der zu lösenden Aufgaben sei, mit Hilfe der Kommunen in den großen Wohngebieten Einrichtungen zur Massenverteilung zu schaffen. Diese habe sich in Belgien sehr bewährt. Weiter werde man sehen müssen, woher weitere Reserven herangeholt werden können, um sie den Bedarfsgebieten zuzuführen. Ferner sei eine Vereinfachung und Vereinfachung des Verordnungsweges nötig. Das Verhältnis zum Erzeuger müsse

gut sein. Alles scharf dürfe man nicht zupacken, um nicht nutzlos zu machen und die Arbeitsfreudigkeit zu unterbinden. Ein großer Teil der besagten Lebensmittel sei auf die letztjährige Ernte zurückzuführen. Werde die kommende Ernte gut, so würden manche Wünsche berücksichtigt werden können.

### Der französische Heeresbericht.

† Paris, 25. Mai. Amlicher Bericht von Mittwoch nachmittag: In der Champagne versuchten die Deutschen mit Hilfe eines Gasangriffes unsere Linie in der Gegend westlich von Rabarin zu durchbrechen. Späterward warf sie in ihre Gräben zurück. Auf dem linken Ufer der Maas versuchten die Deutschen im Laufe der Nacht eine kräftige Offensive südlich des „Loren Komms“. Nach einem Kampfe Mann gegen Mann drang der Feind um den Preis bedeutender Opfer in das Dorf Cumières und einen unserer Gräben unmittelbar westlich davon ein. Aus neu eingetroffenen Nachrichten geht hervor, daß die in der Gegend an „Loren Mann“ seit dem 21. Mai angegriffen feindlichen Streitkräfte mehr als drei Divisionen betragen. Westlich der Maas folgten Artilleriekämpfe und Angriffe einander mit der gleichen Heftigkeit in der Gegend von Haubromont und Douaumont. Trotz der Ortstrümmung des Feindes, der Menschenleben einsetzt, ohne sie zu zählen, gelang es ihm nur an einigen Punkten südlich des Forts Fuß zu fassen. Alle gegen unsere Stellungen im Westen des Forts und in denselben gerichteten Angriffe wurden durch unser Feuer gebrochen. In der Woche Bombardement in den Abschnitten von Etz und Rottkohl.

### Westlicher Kriegsschauplatz:

Keine besonderen Ereignisse.

### Balkan-Kriegsschauplatz:

Nesle und Gemeheli wurden von feindlichen Fliegern erfolgreich beschossen. Oberste Heeresleitung.

nichte gemacht wird, was unsere Volksgenossen, die mit ihren Leibern unsere Grenzen schirmen, im furchtbar blutigen Ringen erreicht haben.

## Die Ernährungsfragen

vor der Budgetkommission des Reichstages.

Die Beratung begann am Mittwoch mit dem Bericht Organisation. Dazu führte Unterstaatssekretär v. Stein aus: Der Bundsrat hat dem Reichstagler die freie Verfügung übertragen über die Lebensmittel, Futtermittel und Rohstoffe. Er bekommt damit unbeschränkte Vollmacht. Zur Verwaltung und Verteilung der Vorräte wird eine besondere Organisation geschaffen. Der Reichstagler nach seine Verhandlungen dem Bundsrat sofort vorlegen. Die neue Organisation heißt Kriegsernährungsamt; sie hat einen Vorstand von sieben bis neun Mitgliedern, an dessen Spitze Herr v. Batoeki steht, der eigenmächtig entscheiden kann, nach vorheriger folgender Beratung. Daneben wird geschaffen ein größerer Rat, in dem vertreten sind: die Regierungen, die Kriegsernährungsämter und die Interessenten. Dieser Rat soll in grundsätzlichen Fragen entscheiden. Die Knappheit an Lebensmitteln kann durch diese Organisation zwar nicht beseitigt werden, aber die Verteilung wird eine zweckmäßigere sein. Die Abwehrmaßnahmen innerhalb Deutschlands sollen einer genaueren Prüfung unterzogen werden. Der Bedarf des Heeres muß in erster Linie gesichert werden, deshalb wird der neuen Behörde ein höherer Offizier beigegeben. Dadurch soll weiter erreicht werden, daß die Maßnahmen der militärischen Behörden mit dem ganzen System in Einklang gebracht werden. In die Produktion soll dagegen die neue Organisation nicht eingreifen. Durch die Verteilung der Futtermittel gewinnt die neue Organisation Einfluß auf die Regelung der Viehzucht.

Im Anschluß an diese Ausführungen entspann sich eine lange Gedächtnisprotokolldebatte, in der es sich besonders darum handelte, zunächst die Frage zu erörtern, wie die Schwierigkeiten der Volksernährung bis zur nächsten Ernte behoben werden können. Diese Wäglichkeit wird insbesondere auch vom Abg. Ebert (Soz.) unterföhrt.

Abg. Graf Westarp (Konf.) berichtet dann über den Stand der vorhandenen Lebensmittel, die bei Sparmaßregeln für die nächsten zwei Monate ausreichen. Am besten ist es, ganz offen zu reden. Das schafft Vertrauen im Innern. Mühselig auf das Ausland hat keinen Zweck. Das Getreide reicht aus, wir müssen aber vorsichtig haushalten; es wird dann möglich sein, die Produktion für Schweineerzeugung zu erhöhen. Man darf nicht schon jetzt davon reden, daß wir eine großartige Ernte bekommen; das muß abgewartet werden. Die Vorräte an Getreide und Futter sind ziemlich erschöpft.

Unterstaatssekretär Michaelis teilt mit, daß unsere Getreidevorräte ausreichen; die dichtbevölkerten Gegenden sollen jetzt größere Mengen erhalten. Die Reserve von 400 000 Tonnen hat sich verbessert, nachdem die Heeresverwaltung 60 000 Tonnen weniger gefordert hat. Aus Rumänien sind 97 000 Tonnen eingeführt worden; dadurch konnte man größere Mengen der Volksernährung blausbar machen. So sind eine Anzahl Kommunen Mehrbeträge zur Verbesserung der Brotration geliefert worden. Die Kartoffelvorräte sind knapp. Was wir nun noch an Getreide haben, muß festgehalten werden. Die Kommunalverbände haben willig ihre Überflüsse herausgegeben. Das ausländische Mehl ist mit Erlaß worden; im freien Verkehr kann nicht mehr viel sein. Wo sich noch die Möglichkeit der Heereserzeugung im freien Verkehr bietet, soll sie nicht unterbunden werden.

Staatssekretär Hefferich betont, daß mit größter Offenheit verfahren werden soll. Man konnte aber nicht bereits früher in aller Öffentlichkeit zugestehen, daß unsere vorläufige Ernte schlecht war.

Abg. Böhmke (natl.) glaubt, daß die vorhandenen Vorräte ausreichen, um für Industrie- und Landarbeiter die Brotration zu erhöhen.

Abg. Sieberis (Zentr.) fordert das gleiche für die Industriearbeiter im Westen und legt eine bessere Brotmischung an. Derabe der Bergmann lebt hauptsächlich vom Brot. Das im freien Verkehr eingeführte Mehl sollte nicht öffentlich angeboten werden dürfen.

Unterstaatssekretär Michaelis berichtet, daß diese Wünsche möglichst berücksichtigt werden sollen. Für die Bergarbeiter und die Arbeiter ist bereits eine höhere Brotration zugesprochen worden. Den Kommunalverbänden sollen größere Mengen Gruppen zur Verfügung gestellt werden.

Abg. Dr. Wendorf (fortsch. Volksp.): Es ist besser, der Bevölkerung reinen Weizen einzuführen. Die Verfeinerung im deutschen Volk wäre nicht so groß, wenn man dem Volke nicht immer erzählt hätte, die deutsche Landwirtschaft sei in der Lage, den Bedarf an Lebensmitteln zu decken. Jetzt zeigt sich, wie falsch diese Behauptung war. Die vorhandenen Vorräte müssen in der Hauptsache dem Teil des Volkes zugewendet werden, der schwere Arbeit zu leisten hat. Die dringlichste Nachzahlung für Lohner ist durch nichts berechtigt.

Unterstaatssekretär Michaelis gibt Auskunft über die Wirkung des Reports der Differenz zwischen höherem und niedrigerem Preis, durch deren Gewährung mehr Getreide abgeliefert wurde.

Abg. Schmidt-Verein (Soz.) tritt dafür ein, daß Öffentlichkeit die volle Wahrheit zu hören, denn es ist ein Bestimmismus eingetreten, der sehr bedauerlich ist. Die Erhöhung der Brotration für die Schwerarbeitenden ist zu begrüßen. Bei der Erzeugung und Gleichverteilung ist streng darauf zu achten, daß die gelieferten Vorräte nicht wieder verschwinden. Am besten ist es, man beseitigt den freien Verkehr vollständig. Die Regelung darf sich nicht auf die Gemeinden verlassen; sie selbst muß die Art der Verteilung anordnen. Die Knappheit an Kartoffeln muß dazu führen, daß die vorhandenen Vorräte sofort zu Präparaten verarbeitet werden, damit sie nicht wieder verschwinden. Rühm die Freiwilligkeit hat dazu geführt, daß mehr Getreide abgeliefert wurde, sondern die scharfen Mittel, die zur Anwerbung gelangt sind. Die nachträgliche Erhöhung der Preispolitik war eine ganz verfehlte Maßnahme; von einer Nachzahlung an die

## Kartoffelknappheit.

Gestern wurde im Hausbündelschluß des Deutschen Reichstags vom Vertreter der Regierung erklärt, daß die Kartoffeln knapp seien. Er hat damit bestätigt, was die großstädtlichen Verbraucher schon seit Wochen an ihrem Magen rechtlich verpöht haben. Nicht einmal die geringen Kartoffelrationen, die festgesetzt sind, konnten regelmäßig geliefert werden. Da es gleichzeitig an anderen Nahrungsmitteln fehlt, so ist kein Zweifel, daß ein großer Teil der Bevölkerung knäbig darben muß. Jedem Einsichtigen muß es klar sein, daß wir während eines Kriegs, bei dem wir von der ausländischen Einfuhr abgeschnitten sind, nicht so leben können wie im Frieden; ein gewisser Fleisch- und Fettmangel war unter keinen Umständen selbst bei der denkbar zweckmäßigsten Politik zu vermeiden, wenn auch die städtische Bevölkerung bei einer vernünftigen Verteilung der vorhandenen Vorräte nicht in dem Maße Mangel zu leiden brauchte, wie das jetzt der Fall ist. Das ganze deutsche Volk ist sich darüber einig, daß die unerbittlichen Beschränkungen unserer Lebenshaltung ohne Murren und Klagen getragen werden müssen, aber daß wir uns jetzt nicht einmal mehr an Kartoffeln satt essen können, das braucht nicht zu sein. In Deutschland waren nach der letzten Ernte etwa zweieinhalb- bis dreimal soviel Kartoffeln vorhanden als nötig waren, um den Nahrungsbedarf der Bevölkerung zu befriedigen. Wenn trotzdem jetzt eine Knappheit an Kartoffeln eingetreten ist, so ist das der Erfolg der erbärmlichen Plünderer, die von den für die Ernährung des deutschen Volkes verantwortlichen Personen getrieben wurde. In unverantwortlicher Weise haben die maßgebenden Stellen in der wichtigsten Frage der Volksernährungspolitik versagt. Wenn die Leute den Ehrgeiz gehabt hätten, von unseren Gegnern, die das deutsche Volk aushungern wollten, als Bundesgenossen angesprochen zu werden, so hätten sie nicht erbärmlicher wirken können.

Der Regierung war wohl bekannt, welche Gefahren der Volksernährung drohen, wenn nicht die notwendigen Kartoffelmengen für die Volksernährung gesichert wurden. Im vorigen Jahre sind wir einer Kartoffelnot wohl nur durch die soviel geschmähte Massenabschlachtung der Schweine entgangen. Die Erfahrungen des ersten Kriegsjahres hätten der Regierung eine Warnung sein müssen. Aber was haben wir erlebt? Erst hat die Regierung lange Zeit nichts, und als sie dann schon viel zu spät aufgefunden ist, kam eine halbe und unzureichende Maßnahme nach der andern. Man hat immer wieder auf die verfehlteste Weise auf die Wünsche und Interessen der Landwirte Rücksicht

genommen, während das oberste Gebot für die verantwortlichen Stellen sein mußte: Sicherung der Volksernährung unter allen Umständen. Man hat die Vieh- und Fleischpreise so emporklettert lassen, daß die Kartoffelproduzenten geradezu glänzende Geschäfte machten, wenn sie ihre Kartoffeln verflüchteten, statt sie für die menschliche Ernährung zu bewahren. Es ist dringend notwendig, daß die Leute gebührend zur Verantwortung gezogen werden, die an dieser elenden Wirtschaftlichkeit schuld sind. Sache des Reichstags wird es sein, darüber ein sehr energisches Wort zu reden. Es muß ein für alle Mal deutsche Volk unerträglichem Zustand sein, daß jetzt noch Herren in Amt und Würden herumlaufen, die durch ihre unzureichenden Maßnahmen verschuldet haben, daß ihre Volksgenossen sich nicht satt essen können. Es wird ein schwarzer Fleck in der Geschichte dieses Weltkrieges bleiben, daß man es nicht fertig gebracht hat, dem deutschen Volke ein Nahrungsmittel, das so reichlich vorhanden ist wie die Kartoffeln, in genügender Menge zu sichern.

Jetzt aber muß alles anders sein, um die Folgen dieser unverantwortlichen Politik für die Massen des Volks nach Möglichkeit zu mildern. Es geht nicht an, daß die Leute, die das nötige Kleingeld haben, um auch die teuersten Nahrungsmittel zu kaufen, daß die ländliche Bevölkerung ohne nennenswerte Einschränkung sich weiter ernähren kann, während die Massen, besonders in den Städten und Industriebezirken, darben müssen. Die

sofortige Beschlagsnahme aller Nahrungsmittel muß durchgeführt werden, und zwar muß sie sich auch auf die in den Haushaltungen vorhandenen Vorräte erstrecken, wo reichliche Vorräte vorhanden sind. Was da ist, muß gleichmäßig verteilt werden. Die teuren Nahrungsmittel sind billig abzugeben, und die dabei sich ergebenden Verluste müssen von Reich, Staat und Gemeinde getragen werden. Die Massenverteilung der Bevölkerung in öffentlichen Speiseanstalten, durch die die Vorräte zweckmäßig verwertet werden können und den Hausfrauen die ermüdende Jagd auf Nahrungsmittel erspart wird, muß weiter ausgedehnt werden. Aber es muß jetzt schnell gehandelt werden. Es ist genug geschrieben und geredet worden. Verordnungen haben wir auch genug bekommen. Wir wollen jetzt endlich Taten sehen, die geeignet sind, die dringende Not des Volkes zu mildern. Es ist wirklich die höchste Zeit. Mögen die in Deutschland maßgebenden Stellen dafür sorgen, daß nicht durch die Mangel unserer Kriegsernährungspolitik zu